



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande 1.70 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Abrechnung Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Zweigstelle Wildbad. — Postkonto: Enztalbote & Co., Wildbad; Vorheimers Generalbank Filiale Wildbad. — Postkontonr. 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restanzzeit 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenerstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenernahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontourfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlieferung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Edebor Gad, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 286

Februaf 479

Samstag den 5. Dezember 1931

Februaf 479

66. Jahrgang.

Die Bewegung im Donaauraum

Die Wiederaufrichtung eines Donaublocks, der die habsburgischen Nachfolgestaaten umfaßt, ist seit einem Jahrzehnt ein Ziel des französischen Herrschaftsgedankens. Die brutale Abwürgung der deutsch-österreichischen Zollunion hat gezeigt, worauf es den Franzosen allein ankommt: Verhinderung der sogenannten großdeutschen Lösung, Verhinderung des Anschlusses. Ziel der französischen Donaupolitik ist die Fesselung der deutschen Oesterreicher in ein Staatengefüge, das über Prag und Belgrad unter französischer Vormundschaft steht. In dem lebensunfähigen, verkrüppelten Oesterreich können die sechs Millionen Deutschösterreicher dem vereinten Druck der robusten Slawen und der Ungarn auf die Dauer nicht standhalten; sie würden Volkstum und Selbständigkeit endgültig verlieren. Freiwilliger Einzug Oesterreichs in einen Donaublock wäre ein Eingeständnis nationaler Hoffnungslosigkeit.

Die Donaubündler haben nun in dem früheren ungarischen Staatssekretär, Universitätsprofessor Dr. Elemér Hantos, wider Erwarten einen gewichtigen Bundesgenossen gefunden. Hantos' Vergangenheit ließ nicht darauf schließen, daß er eines Tages an die Seite der Franzosen und Tschechen treten würde, deren Pläne stets auf die Niederhaltung Ungarns und die Lösung des Landes aus der italienischen Balkansphäre gerichtet waren.

Hantos hat kürzlich auch in der Tschechoslowakei über einen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten (angefangen mit Oesterreich und Ungarn) durch Vorkurszölle oder ein Zollbündnis mit Ausgleichen gesprochen. Er wünscht nicht, daß Deutschland an dem Vertrag teilnehme, bestreitet aber, wie Benesch, daß ein Vertrag ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland bedeute. Aber sicher ist es das. In einem Artikel der "Neuen Züricher Zeitung" aus Prag wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß das französische Kapital die größten Interessen und besondere Wünsche in Südosteuropa habe. In diesem Sinn hat in letzter Zeit der tschechoslowakische Außenminister Benesch, veranlaßt von Paris auf dem Weg über Genf, versucht, Oesterreich zu veranlassen, den ersten Schritt in der Donaubundfrage zu tun. Das ist nicht gelungen, aber zweifellos wird es bei diesem einen Versuch nicht bleiben.

Soll nun Deutschland den sicher zu erwartenden direkten Vorstoß Frankreichs abwarten? Im Donaauraum sind deutsche Interessen in Gefahr. Die Verhandlungen des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses — von dem noch nicht einmal sicher ist, ob er von Frankreich wirklich ernst gemeint war — gehen den Schneedenang. Demgegenüber muß von deutscher Seite etwas geschehen, um wenigstens enge Fühlung mit dem österreichischen Bruder aufrechtzuerhalten. Oesterreich ist zurzeit mit der Ordnung seiner inneren Verhältnisse vollauf beschäftigt. Da wird wohl die deutsche Diplomatie sich regen müssen, sonst bleibt nur die Möglichkeit, daß Frankreich die Donaubundfrage voll in die Hand nimmt und entweder Deutschland kalt stellt oder ihm eine untergeordnete Rolle zuweist.

Der Reichskommissar für Preisentung

Zu den zahlreichen schon bestehenden Reichskommissariaten soll ein neues kommen. Ein Reichskommissar für Preisentung soll die nun seit längerer Zeit schon zugelagte Preisentung unter anderem auch durch Einwirkung auf die Handelskammern durchführen. Zunächst wäre zu sagen, daß wir bei einer Reihe von Artikeln Preisentungen bereits erlebt haben. Sie erklären sich aus dem Rückgang der Rohstoffpreise, aus der gesunkenen Kaufkraft und nur zum geringen Teil aus unmittelbarem behördlichem Druck. Der neue Reichskommissar begegnet nun allenfalls den größten Bedenken. So schreibt z. B. die "Kölnische Zeitung": Wir stehen auch heutzutage noch auf dem ja vielfach als "altmodisch" verschrienen Standpunkt, daß die wesentlichen Mittel des Staats zur Beeinflussung des Warenpreises bei der Zoll-, Steuer- und Sozialpolitik — allenfalls Diskontpolitik — liegen. Will der Staat eine Preisentung, so wird er auf den drei erstgenannten Gebieten seine Tätigkeit abzubauen müssen. In der Praxis geht der Weg zum mindesten bei der Steuer- und Zollpolitik gerade entgegengesetzt. Die Erhöhung der Umsatzsteuer, das heißt also die Erhöhung eines ausgeprochenen Kostenelements, paßt zur Preisentung, um ein Wort Stegerwalds zu gebrauchen, wie die Faust aufs Auge. Und die Einführung einer "echten Kapitalertragssteuer", also einer zufälligen Einkommensteuer auf die Einkommen der Zinsempfänger, bedeutet praktisch die Verteuerung des Zinses, also auch eines Kostenelements. Wo der Staat aber bisher als Eigenwirtschaftler aufgetreten ist, da hat er die Preise hochgehalten und Monopolstellungen rücksichtslos ausgenutzt. Wo sein Monopol einmal gefährdet erschien, wie in der Frage Reichsbahn und Kraftwagen, da hat er die Gesetzgebung in einem Sinn vorzuspannen gewußt, der das Gegenteil von Kartellbekämpfung bedeutet.

Man wird also gut tun, der neuen Einrichtung eines

Tagespiegel

Das Reichsinnenministerium wird die Länderregierungen durch Notverordnung ermächtigen, eine Kontrolle des privaten Waffenbesitzes durchzuführen.

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz hat den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag gegen den Staatsminister v. Reibnitz (Soz.) mit 22 gegen 13 Stimmen angenommen. Reibnitz trat sofort zurück. Auf Vorschlag des deutsch-nationalen Fraktionsführers v. Waldow wurde sodann Abg. Michael (D.Nat.) vom Landtagspräsidenten zum Staatsminister ernannt.

Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen nehmen in gemeinsamer Beratung zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart Stellung. Es wurde beschlossen, mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten.

Zum Vorstehenden des Industrie- und Handelstags wurde nach dem Rücktritt Silberbergs der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Breslau, Bernhard Grund, gewählt.

Das englische Unterhaus hat den Antrag Mac Donalds, seine Indienpolitik (Bundesstaatsanliegen unter britischer Oberhoheit) zu billigen, mit großer Mehrheit angenommen. Ein Abänderungsantrag Churchills (Konj.) wurde mit 369 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Die Zollpolitik der Regierung wurde mit 230 gegen 38 Stimmen gebilligt.

Clond George, der gesundheitsshalber eine Reise nach Colombo (Ceylon) angetreten hat, ist in Bombay eingetroffen.

Nach Straßentämpfen in San Salvador wurde der Präsident Krauz dieser mittelamerikanischen Republik abgesetzt.

Preisentungskommissars mit gewissen Zweifeln entgegenzusehen, gleichgültig, ob er aus den Kreisen der Bürokratie oder der Privatwirtschaft genommen wird. Wie soll die'r Kommissar überhaupt arbeiten? Er wird wahrscheinlich bemüht sein, auch den nötigen bürokratischen Unterbau zu erhalten, um so mit Anweisungen und Anordnungen an die nachgeordneten Dienststellen eine lebhaft und erbauliche Tätigkeit aufbauen zu können. Also wieder eine Vermehrung von Beamten. Vielleicht erwidert er die Preisprüfungsstellen seligen Angedenkens wieder zu neuem Leben. Was wir sicherlich erleben werden, ist eine erneute Entwicklung der Verwaltung. Wir sind überhaupt der Meinung, daß sich diese selbständigen Reichskommissariate allmählich zu einem verwaltungstechnischen Ungeheuer auswachsen, und das gerade in einer Zeit, wo alles nach Vereinfachung und Entlastung ruft. Aber vielfach sind es dieselben Kreise, die diesen Ruf ausstoßen und gleichzeitig den Behörden immer neue materielle Funktionen aufbürden. Wir möchten uns dagegen verwahren, daß uns mit der Errichtung einer solchen Stelle politische Sand in die Augen gestreut wird und die Wege wirklicher, echter Warenpreisentung durch den Staat, und die können nur im Gegenteil liegen, nämlich im Abbau des staatlichen Eingreifens, verbuntelt werden.

Politischer Weihnachts-Burgfrieden?

Berlin, 4. Dez. Von bayerischer Seite ist bei der Reichsregierung angeregt worden, bis 6. Januar (3. Könige) für einen politischen Burgfrieden in der Weihnachtszeit Sorge zu tragen, dessen praktische Durchführung in erster Linie Sache der Länderregierungen wäre. Die Reichsregierung solle durch Erlass von den Ländern Maßnahmen verlangen, durch die politische Versammlungen, Kundgebungen und Anschläge von Plakaten unterjagt würde. Bis jetzt hat das Reichskabinett zwar dazu noch keinen Beschluß gefaßt, man rechnet aber damit, daß der bayerischen Anregung stattgegeben wird.

Senkung der Fleischpreise

Berlin, 4. Dez. Im Reichsernährungsministerium finden zur Zeit Verhandlungen mit den beteiligten Sachkreisen statt, die auf eine Senkung der Fleischpreise abzielen. Vor allem ist die verbilligte Abgabe von Fleisch an Erwerbstätige und Unterstützungsempfänger in Aussicht genommen. Für diesen Zweck ist bekanntlich von Reichswegen eine Summe von 15 Millionen RM. bereitgestellt. Gewisse Opfer sollen jedoch auch von dem Fleisch-Groß- und Kleinhandel getragen werden.

Darüber hinaus wird eine allgemeine Senkung der Fleischpreise erstrebt durch Abbau aller Unkosten und Lasten, die für die Preisspanne zwischen Stall und Metzgerladen verantwortlich sind. Mit der Inkraftsetzung der niedrigeren Preise kann am 15. Dezember gerechnet werden.

Der Raiffeisen-Verband gegen die Durchführung der Oshilfsverordnung

Berlin, 4. Dez. Das Präsidium des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften — Raiffeisen

e. V. — hat an die zuständigen Reichsbehörden folgendes Telegramm gesandt: Der in Essen versammelte Vorstand des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften — Raiffeisen e. V. — kam nach eingehender Prüfung der Durchführungsbestimmungen zur Oshilfe-Verordnung zu dem Ergebnis, daß diese Bestimmungen die bearbeiteten Forderungen des Reichsverbandes in ganz unzulänglicher Weise berücksichtigen. Das Präsidium warnt vor dem Erlass dieser Ausführungsbestimmungen, macht auf die verhängnisvollen Folgen aufmerksam, und bittet um nachmalige Anhörung.

Es handelt sich hauptsächlich um die Stillhalterverordnung bezüglich von Schuldforderungen an die Landwirte, von der man vielfach befürchtet, daß sie den privaten Kredit vom Osthilfegebiet ablenken werde.

Die Verhöre im ungarischen Putzschverfuch

Budapest, 4. Dez. Die Polizei hat die Verhöre in der Angelegenheit des Putzschverfuchs noch nicht abgeschlossen. Die Häftlinge sind bestrebt, immer neue Namen in die Angelegenheit einzubeziehen. Sie erwähnen dabei auch hochgestellte Persönlichkeiten. Gestern ist die Gattin des Präsidenten der sogenannten "Ungarischen Hitlerpartei", Bladislav Temesvary, verhört worden. Es besteht Verdacht, daß sie an den Vorbereitungen des Putzschplans teilgenommen hat. Sie wurde im Militärgefängnis zurückbehalten.

"Osservatore Romano" über den "russischen Professorenreid"

Rom, 4. Dez. Das Vatikanblatt "Osservatore Romano" veröffentlicht die Schwurformel, die die russischen Professoren, wenn sie ihr Amt übernehmen, ablegen müssen, in der es u. a. heißt: "Ich schwöre, dem Kaiser, seinem königlichen Nachfolger und dem sozialistischen Regime treu zu dienen." Das Blatt bemerkt hierzu, daß man zweifeln könne, ob Katholiken einen derartigen Schwur leisten könnten. In der Eidesformel würden der König, sein königlicher Nachfolger und das sozialistische Regime auf dieselbe Linie gestellt, was klar besage, daß das sozialistische Regime mit "Regierung des Staats" gleichbedeutend sei. Der Staatsregierung sei man aber nach den katholischen Prinzipien Treue und Gehorsam schuldig, wobei selbstverständlich, wie bei jedem, von Katholiken geleisteten Schwur, den Rechten Gottes und der Kirche Rechnung getragen werden müsse.

Die Präsidentenwahl in Litauen

Kowno, 4. Dez. Für die Wahl des Staatspräsidenten wurden 100 Wahlmänner der regierenden Nationalistenpartei (Lautmintai), 5 der Wiederbeiden und 11 von anderen Parteien gewählt. Die Wiederwahl Smetona's ist demnach gesichert.

Absetzung des Generalstabs in Polen?

Warschau, 4. Dez. General Sosukowski, der nach Pilsudski einflussreichste Mann im polnischen Heer, hatte eine lange Unterredung mit Pilsudski. Es soll nämlich beschlossen worden sein, den Generalstab abzuschaffen und seine Obliegenheiten auf das Kriegsministerium und das Armeeminspectorat zu verteilen. Gleichzeitig wird bekannt, daß eine gründliche Säuberung und Umgestaltung des militärischen Nachrichtendienstes vorgenommen werden soll. Anlaß dazu sind die in letzter Zeit sich häufenden Spionage- und Bestechungsfälle innerhalb des Generalstabs und der militärischen Nachrichtenstellen.

Japan ist mit Briands Erklärung unzufrieden

London, 4. Dez. Der Berichterstatter der "Times" in Tokio meldet: Das Mißtrauen Japans verstärkt sich und die Regierung hat gestern abend weitere Abänderungsanträge zu den Entschuldigungsverträgen nach Paris telegraphiert. Der ganze Ton der Erklärung Briands sei anstößig, weil er den Eindruck hervorruft, daß den Chinesen Unrecht geschehen sei, und daß die Japaner als Angeklagte vor Gericht stehen.

Die protestantischen Kirchen Amerikas für Befreiung der Kriegsschuldlasten

Philadelphia, 4. Dez. Der Nationalverband der protestantischen Kirchen Amerikas nahm eine Entschließung an, in der eine allgemeine Verminderung oder Streichung der internationalen Kriegsschulden gefordert wird. Neue Schuldverträge sollten jedoch, wie weiter verlangt wird, die Versicherung enthalten, daß Schuldennachlässe nicht für Kriegszustellungen verwendet werden dürfen.

Törichte Hoffnung

London, 4. Dez. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch einiger weiterer französischer Banken spricht "Financial News" die Hoffnung aus, daß die französische Regierung und die französische öffentliche Meinung dadurch veranlaßt würden, den Ernst der internationalen Lage besser zu würdigen und sich klar darüber zu werden, welche Rückwirkungen die Weltkrise auf die französische Wirtschaft haben könnte.

Strafverfehung eines Berliner Polizeioffiziers

Berlin, 4. Dez. Bei einer Kundgebung des Reichsbanners, bei der viele Teilnehmer in Uniform erschienen, wurde u. a. gerufen: „Hitler verrede!“ und „Schupo verrede!“ Der leitende Polizeioffizier, Major Lewit, ließ darauf die Kundgebung auflösen und verschiedene Reichsbannerleute und Personen des Publikums die sich an der Kundgebung beteiligten hatten, darunter den Ministerialrat vom Reichspostministerium K. D. R. zur Vernehmung auf das nächste Polizeirevier verbringen. Als K. D. R. sich dort auswies, wurde er sofort entlassen. Er erhob aber Beschwerde gegen Major Lewit und dieser wurde vom Innenminister mit sofortiger Wirkung nach Gleiwitz in Schlesien strafverfeht.

Die Herstellung des Vitamin C gelungen

Oslo, 4. Dez. Vor einer großen Versammlung der Akademie der Wissenschaften in Oslo hielt heute der junge norwegische Wissenschaftler Ottar K. R. einen Vortrag über die Ergebnisse, die er und seine Mitarbeiter — seine Frau Lagot R. und der Chemiker Per L. A. — während ihrer Untersuchung über die Vitamine C erhalten hätten. K. R. stellte fest, daß ihnen die Herstellung des Vorstadiums des Vitamins C, seines sogenannten Provitamins, gelungen sei. Es sei erwiesen, daß dieses identisch mit Karotin sei, einer den Wissenschaftlern wohlbekannten Substanz. Die Vitamine C kommen hauptsächlich in Pflanzen vor, besonders in jungen Pflanzen und unreifen Früchten. Das Karotin verschwindet während des Reifungsprozesses und verwandelt sich in Vitamine C. Es sei gelungen, die gleiche Verwandlung des Karotins im Laboratorium herzustellen. Die künstliche Verwandlung bestehe in der Zerkleinerung dieser Substanz durch Methylgruppen. Aus dem Karotin sei es möglich, aktive C-Vitamine herzustellen auf rein chemischem Weg als auch durch Zusetzung gewisser Enzyme. Auch durch ultraviolette Strahlen könne Karotin aktiviert werden zu können, aber in sehr geringem Grad. Die Untersuchungen seien zum Teil in Oslo, zum Teil in Uppsala ausgeführt worden.

Vollversammlung der Handwerkskammer Stuttgart

Stuttgart, 4. Dez. In der Vollversammlung der Handwerkskammer Stuttgart wurde nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, der auf die immer trostloser werdende Wirtschaftslage des Handwerks und auf die Notwendigkeit geschlossenen Handelns des gesamten gewerblichen Mittelstands hinwies und zum Zusammenhalten innerhalb des gewerblichen Mittelstands aufforderte, die auf Grund der Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929 mögliche Beibehaltung von Sachverständigen für die wichtigsten handwerklichen Berufszweige vorgenommen. Die beidseitigen Sachverständigen haben nach dem Befehl die Aufgabe, Gutachten zu erstatten über die Güte der von Handwerkern gelieferten Waren und bewirkten Leistungen und über die Angemessenheit der von ihnen dafür geforderten Preise. Hierauf nahm die Vollversammlung einen auf das wesentlichste zusammengefaßten Wirtschaftsbericht von Syndikus Meißner über die Lage des Handwerks entgegen, in dem er besonders hervorhob, daß die derzeitige wirtschaftliche und politische Lage eine endliche grundsätzliche Wandlung der bisherigen Methoden der deutschen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dringend erfordere. Folgende Maßnahmen müßten auf das Entschiedenste verlangt werden: Umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand, Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe, Reorganisation der volkswirtschaftlichen Kapitalverteilung und Schaffung eines erträglichen Zinsniveaus, grundlegende Neuregelung der Kartellgesetzgebung und Revision der Zollpolitik, Auflockerung der überspannten Bindungen des Arbeitsmarktes, endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Mit Befriedigung wurde von dem von der Reichsregierung dem Reichsrat zugeleiteten Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen Kenntnis genommen. Verlangt wurde ferner eine Herabsetzung der Drisolöhne, die Einführung der Filialgewerbesteuer, der staatlichen und kommunalen Warenhauszugessteuer, Herabsetzung der Verzugszinsen für Steuerrückstände und die Regelung des Zinsproblems.

Landwirtschaftskammerwahlen

Stuttgart, 4. Dez. Nach einer Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums finden die Wahlen von 48 Mitgliedern der Landwirtschaftskammer durch die Landwirte, einschließlich der Forstwirte und selbständigen Gärtner, und von 12 Mitgliedern durch die landwirtschaftlichen Arbeiter, einschließlich der forstwirtschaftlichen und Gärtner-Arbeiter am Sonntag, den 24. Januar 1932 in allen vier Wahlbezirken des Landes auf Grund von Wählerlisten und Wahlvorschlügen durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe statt.

Zu wählen sind im Wahlbezirk 1 mit den Oberamtsbezirken Alen, Besigheim, Brackenheim, Crailsheim, Ell-

Aufgepaßt!

Wähler von Sprollenhaus Nonnenmüß u. Christofshof!

Die Kandidaten des Gewerbe- und Handelsvereins, Wirtsvereins und Hausbesitzervereins wollen Euch im dem Stimmzettel

Neuer bürgerlicher Wahlvorschlag für Wildbad und Parzellen

fördern, trotzdem sie keinen Parzellenkandidaten auf dem Zettel haben.

laßt Euch nicht irreführen und werft den Wahlzettel der eigens für Euch aufgestellten Kandidaten des

Gemeinnützigen Wahlvorschlages in die Urne.

wängen, Gaisdorf, Gerabronn, Gmünd, Hall, Heilbronn, Künzelsau, Mergentheim, Neckarflum, Neeresheim, Dethringen und Weigheim 13 Landwirte und 3 Arbeiter; im Wahlbezirk 2 mit den Oberamtsbezirken Backnang, Böblingen, Ehingen, Göppingen, Kirchheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Nürtingen, Schorndorf, Stuttgart Amt, Waiblingen, Waiblingen und dem Bezirk Stuttgart-Stadt: 11 Landwirte und 3 Arbeiter; im Wahlbezirk 3 mit den Oberamtsbezirken Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach: 12 Landwirte und 3 Arbeiter, und im Wahlbezirk 4 mit den Oberamtsbezirken Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Geislingen, Heidenheim, Leupheim, Leutkirch, Ravensburg, Riedlingen, Saulgau, Tettnang, Ulm, Waldsee und Wangen: 12 Landwirte und 3 Arbeiter.

Die Wahlvorschlüge müssen spätestens am Samstag, 9. Januar 1932, abends 6 Uhr, die Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlügen spätestens am Freitag, 15. Januar 1932, beim Vorsitzenden der Landeswahlkommission Präsident Dr. Springer in Stuttgart, Wirtschaftsministerium, Lindenstraße 4, abgegeben werden. Wahlvorschlüge und Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlügen sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden.

Lokales.

Wildbad, den 5. Dezember 1931.

Auf Grund § 11 des Pressegesetzes werden wir vom Bürgermeisteramt um Aufnahme nachstehender Berichtigung eruchtet:

Berichtigung.

1. In den beiden hiesigen Zeitungen wird in einer am Donnerstag, den 3. ds. Mts. erschienenen Inserat behauptet, daß das hiesige Rathaus „aufgebläht“, d. h. mit einem über das nötige Maß hinausgehenden Beamtenstand ausgestattet sei. Diese Behauptung ist unzutreffend und unrichtig. Es ist früher schon aus mehreren Anlässen dargelegt worden, daß die Zahl der Beamten und Angestellten sämtlicher Zweige der hiesigen Stadtverwaltung im Vergleich zu ihrer Zahl in anderen gleich großen Städten und mit Rücksicht auf die den Städten auf fast allen Gebieten vom Reich und Land zugewiesenen Verwaltungsmehraufgaben nicht größer ist, als zur ordnungsmäßigen Erledigung aller Dienstgeschäfte unbedingt erforderlich ist. Dies beweist auch der Vergleich mit der Zahl der Beamten und Angestellten vom Jahr 1913, obwohl gegenüber damals auf vielen Verwaltungsgebieten, wie bereits erwähnt, ein erheblicher vermehrter Geschäftsanfall zu verzeichnen ist. Während der Babezeit reichte das Personal zur Bewältigung des Geschäftsanfalls nicht einmal aus und es muß vielleicht über Zeit gearbeitet werden. Mehrere Beamte verzichteten aus diesem Grunde schon seit Jahren ganz oder teilweise auf ihren Urlaub.

2. Durch die Sparmaßnahmen des Gemeinderats und der Stadtverwaltung wurden seit Herbst 1930 folgende Einsparungen im Gemeindehaushalt gemacht:

Durch Stellenabbau infolge Erledigung und Nichtwiederbesetzung jährlich	31 600 RM
Durch Durchführung der sämtlichen Gehaltskürzungen bei allen Beamten und Angestellten, jährlich	34 000 RM
auf 65 000 RM	

Diese Maßnahmen machten es möglich, den Gemeindehaushalt für 1931/32 auszugleichen, sie werden dies in Verbindung mit weiteren geplanten Einsparungen auch künftig ermöglichen.

3. Die Finanzen der Stadt können als durchaus gesund bezeichnet werden. Es sind keine schwebenden Schulden mehr vorhanden. Sämtliche Darlehensaufnahmen sind mit Genehmigung der Regierung aufgenommen und durch die werbenden Anlagen der Stadt reichlich gedeckt. Das Grundvermögen der Stadt ist bis jetzt unangetastet.

Musikverein Wildbad. Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit, verzichtet der Musikverein auf die Abhaltung einer Weihnachtsfeier. Dafür hat nunmehr die Verwaltung beschlossen, am 1. Januar im Saale des Gasthauses zur „Alten Linde“ ein Neujahrs-Konzert zu veranstalten, um seinen Mitgliedern auf diese Weise einige frohe, genussreiche Stunden zu bieten.

Schauspielhaus Pforzheim. Sonntag den 6. Dezember findet nachmittags 3^{1/2} Uhr und abends 7^{1/2} Uhr zu kleinen Preisen eine Aufführung des großen Operettenerfolges „Böhmische Musikanten“ statt.

Der Nikolaus kommt am 6. Dezember. In vielen Gegenden Deutschlands kommt er wirklich mit Saß, Rute und einem riesigen weißen Bart, um die bösen Kinder zu strafen und in seinen Saß zu stecken. Den guten aber, die das Jahr über brav gewesen sind, denen bringt er Äpfel, Rüsse, Lebkuchen und andere feine Sachen. Kein Wunder, daß dort, wo man den Nikolausbrauch noch kennt, die kleinen Kinderherzen schon Tage vorher bange pochen. Wird der Nikolaus — da und dort wird er auch Pelznickel und Pelzmärte genannt — die Rute oder die Belohnung bringen? Auch die Erwachsenen haben ihren Nikolaustag. Ihr Nikolaustag kann jederzeit sein, jeder Tag, an dem sie die Belohnung für erfolgreiches Mühen einheimen dürfen, jeder Tag, an dem sie für Fehler bestraft werden.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einwendungen übernimmt die Redaktion nur die prägnanteste Beantwortung.

Eine Bitte an die neuen Gemeinderäte. Es ist schon öfters vorgekommen, daß Besuche adressiert an den „Obst. Gemeinderat“ erst nach einigen Wochen, ja sogar Monate nach der Einreichung behandelt wurden, trotzdem verschiedene Gemeindevertreter davon Kenntnis hatten, daß ein Besuch vorliegt. Ob ein solches Gesuch genehmigt wird oder nicht, spielt keine Rolle, aber nur sollen die betreffenden Bürger auch noch eine Antwort wert sein. Es soll

deshalb den neuen Bürgervertretern ans Herz gelegt werden, daß, wenn solche Besuche vorliegen, und sie von den betr. Antragstellern darüber unterrichtet werden, daß sie den Mut aufbringen und darnach fragen. Für das wären ihnen ihre Wähler sicher sehr dankbar.

Evangelischer Gottesdienst.

2. Advent, den 6. Dezember 1931.
9^{1/4} Uhr Predigt (Text: Röm. 2, 11—16; Lied 139) Stadtpfarrer Dauber.
10^{1/4} Uhr Kindergottesdienst.
1 Uhr Christenlehre (Töchter) Stadtpfarrer Hester.
5 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Hester.
10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Hester, anschließend Beichte und Abendmahlsfeier.
Donnerstag, den 10. Dezember.
8 Uhr abends Bibelleseabend (1. Kor. 12—16).

Katholischer Gottesdienst.

2. Advent.
7^{1/4} Uhr Frühmesse, 9^{1/4} Uhr Predigt und Amt, hernach Christenlehre, 2 Uhr Andacht.
Dienstag, 8. Dez., Fest Mariä unbestedte Empfängnis.
7^{1/4} Uhr Frühmesse, 9^{1/4} Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht.
Werktag: 7^{1/2} Uhr hl. Messe, Montag 7^{1/4} Uhr, Freitag 7^{1/2} Uhr Korate.
Beichte: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag und Werktag vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonntag, Festtag und Werktag bei der hl. Messe.

An alle Wähler Wildbads und Parzellen!

In einer Reihe von Anzeigen in den hiesigen Zeitungen preist die Wahlkommission des Neuen bürgerlichen Wahlvorschlages in mehr oder weniger geschmackvollen Worten ihre Kandidaten den Wählern an und zieht los über die alten Gemeinderäte und über den Wahlvorschlag der

Gemeinnütz. Wählervereinigung für sparsamen Gemeindehaushalt

Was will nun der Neue bürgerliche Wahlvorschlag? Dessen Ankündigungen belagen nicht viel! Was will es heißen, daß sich die Kandidaten dieses Vorschlags unter sich verpflichtet haben, ihren Wählern zeitweise Rechenschaft abzulegen. Diese Verpflichtung ist in 4 Wochen vergessen. Man kennt das in Wildbad. Denn viele andere Gemeinderäte haben dies schon vor diesen „Neuen Bürgerlichen“ versprochen. Im Uebrigen strotzen diese Artikel von Anpöbelungen gegen andere Wählergruppen und noch amtierende und abgehende Gemeinderäte, etwa in dem Sinn:

Gang weg und laß mi na!

als ob alle Kandidaten des Gewerbe- und Handelsvereins, die mit ihrem „Neuen bürgerlichen Wahlvorschlag“ eine Firmenänderung vorgenommen haben, von vornherein ein Privileg auf alle Gemeinderatsitze hätten. Auch der Aufhandel sei nicht vergessen, den diese „Neuen“ durch Listenverbindung mit dem „Bürgerlichen Wahlvorschlag“ abgeschlossen haben, trotzdem sie die Mehrzahl der Kandidaten dieses Wahlvorschlages bekämpfen.

Wähler!

sind das Vertreter, denen Ihr Euer Vertrauen für 6 lange Jahre schenken könnt? Geht Ihr diese Liste durch, dann müßt Ihr sagen, da ist für die Kleingewerbetreibenden und die Parzellenbewohner nichts zu erhoffen, denn diese „Neuen“ können die Not des Kleinen Mannes nur vor der Wahl.

Taten sind wichtiger als viele Worte.

Es sei zugegeben, daß von den alten Stadtvätern Fehler gemacht wurden. Das wird sich aber nie ändern. Trotzdem wird es gut sein, wenn einige neue Gemeinderäte ins Rathaus einziehen. Es kann dort viel gespart werden! Erinnern wir uns nur an die laufenden unliebsamen Prozesse, die die Stadt viel Geld kosten. Ferner an die Kühlanlage im Schlachthaus, die in gleicher Güte statt für 10 000 RM für 6 000 RM hätte beschafft werden können. Diese Differenz hätte vielen Arbeitern und Handwerkern Brot gegeben. So könnte noch an manchem gespart werden.

Wir wollen deshalb

Sparbarkeit nach allen Seiten im Gemeindehaushalt, Beschaffung produktiver Arbeit für Arbeiter und Handwerker bei gerechter Berücksichtigung.

Reifliche Prüfung bei Vergebung von allen vorkommenden Gemeindearbeiten.

Recht und Gerechtigkeit für alle Gemeindebürger.

Wer

also seine Interessen nach Recht und Gerechtigkeit auf dem Rathaus vertreten haben will

der wähle:

Gemeinnütz. Wählervereinigung für sparsamen Gemeindehaushalt.

Schmid, Wilhelm, Holzhändler, hier.
Hugel, Karl Friedrich, Kaufmann, hier.
Günthner, Wilh., Holzhauer, Sprollenhaus (b. d. Sch.).
Maier, Wilhelm, Maurermeister, hier.
Gad, Theodor, Zeitungsverleger, hier.
Udinger, Ludwig, Bispelgeschäft, hier.
Schmid, Fritz, Holzhauer, hier.

Rrrunter vom Bock!

Das Gesellschaftsspiel für Erwachsene und Kinder von 8 Jahren ab, nach welchem schon lange gesucht wird. Dieses Spiel wird nach Schmeißer die Runde um die Welt machen wie früherzeit „Risiko, Agere Dich nicht“. Es wird bald in jeder Familie zu finden sein. Jeder der 2, 3, oder 4 Spieler findet mit seinen vier Figuren kein so zu sehen, daß er sich selbst nicht selbst über dem andern nicht nicht. Dabei trachtet jeder, auf den Bock zu kommen. Vier erhält man jedesmal einen Zylinder. Nicht lange dauert es, dann rückt schon wieder ein „Wohltun“ unter dem Bock.“ Der letzte Bockbesitzer erhält den Bock. Preis RM 1,50.

Beide Spiele sind zu haben in jeder Spiel- und Spielwarenhandlung. Man besorge sich solche belustigender Natur für Erwachsene und Kinder. Schreibe heute unbedingt auf den Wunschzettel ein solches Spiel. Ihr werdet Euch an den langen Winterabenden sehr freuen. Wilhelm Kell, Spielzeugfabrik, Riedlingen, Schwaben. (Diese Anzeige ausschneiden und zum Einkufen mitnehmen.)

Rrrum um's Eck!

Das überaus lustige Gesellschaftsspiel für Erwachsene und Kinder von 6 Jahren ab. Auf dem schief gestellten Tisch befinden sich sieben Reihen mit je sieben Löchern, auf welchen Augen verlegt werden. Wer am ersten über 40 kommt, hat den ersten, der nächste den zweiten Preis. Die anderen beiden Spieler haben verloren. Man muß immer rrrum ums Eck kommen, denn die Löcher sind etwas größer, so daß die daraufgesetzte Angel durchfällt und herunterrollt. Der Spieler muß wieder von vorne beginnen. Der Sieger des einen und das Pullo des andern will kein Ende nehmen. Schullinder lernen spielend rechnen. Preis RM 1,50.